

Anlage 3 zur Niederschrift

Wortprotokoll zu TOP 3.7 – ÖPNV-Begleitservice

Herr Taranczewski (Vorsitzender, SPD): Meine Damen und Herren, ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 3.7 – ÖPNV-Begleitservice. Dazu wird uns Herr Süshardt einen mündlichen Sachstandsbericht geben.

Herr Süshardt (stellv. Leiter des Sozialamtes): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, auftragsgemäß haben wir noch weitere Ermittlungen angestellt und sind noch einmal in die Materie eingestiegen. Ich darf die Ergebnisse kurz berichten: wir haben uns als Referenz die Stadt Essen angeschaut, etwa nach dem Motto, wie läuft es da, wie machen die das eigentlich konkret, mit welchen Kennzahlen wird dort gearbeitet, wie ist das Angebot ausgestaltet, um dann einen Blick dafür zu kriegen wie es denn in Dortmund sein würde, wenn man diesem Beispiel folgte. Vorweg: ich will das nicht bewerten, die Erkenntnisse waren jedoch ernüchternd.

Gestatten Sie mir zunächst eine generelle Aussage: alle Modelle, die bundesweit im Moment in dieser Logik laufen, eint ein gemeinsamer Faktor, und das ist der, dass das jeweilige Verkehrsunternehmen das Modell in sein Portfolio aufgenommen hat, sozusagen als „Sahnehäubchen“, das das Unternehmen in seinem Zuständigkeitsbereich als ergänzendes Angebot zum Standardangebot vorhält. Das ist deswegen ganz wesentlich, weil es bundesweit kein Beispiel für einen solitär funktionierenden Dienst dieser Art gibt. Wieder anders gewendet, bekanntermaßen haben wir das hier schon mehrfach diskutiert, DSW 21 als verantwortlicher Verkehrsbetrieb in und für Dortmund hat, und das übrigens auch als Ergebnis einer erneuten Diskussion, keine Neigung, dieses Angebot in sein Portfolio aufzunehmen, in seine Strukturen zu integrieren und z.B. mit dem Bus- und Bahnbegleitservice, den es ja bereits gibt, zu harmonisieren, geschweige denn mit dem Behindertenfahrdienst und anderen Angeboten, nur ein Beispiel nennend, Sie alle kennen SUSE, den Seniorenbegleitservice, der vom Sozialamt und der AWO gemeinsam betrieben wird: etwa 100 allein lebende, vorwiegend hochaltrige Frauen erhalten Begleitung im privaten Bereich.

Dazu gehört auch die Begleitung bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, d.h. auch da decken wir in Dortmund über ganz subtile Instrumente einen Teil der Bedarfe ab, die in Essen in ganz kleinem Rahmen mitlaufen. D.h. die Essener haben im Moment 50 KundInnen, die dieses Angebot in Anspruch nehmen. Dort sind derzeit 4 AGH-ler im Einsatz – die sind vor der Instrumentenreform mit 30 AGH-Plätzen groß gestartet - . Jeder AGH-ler schafft statistisch gesehen bei einem 6-stündigen Einsatz 1,5 Begleitungen täglich. Das hat ganz banale Gründe, wenn man sich diese Hilfe in der Realität anschaut. Das Ganze wird auch eher einsatztechnisch „light“ gemanagt, d.h. es gibt sehr viele Leerzeiten, bei denen keine Begleitung stattfinden kann und das dann dadurch substituiert wird, dass die Essener AGH-ler analog des Bus- und Begleitservices, den wir hier in Dortmund haben, arbeiten. Also ist das eine Mischgeschichte, um das Ganze in irgendeiner Form halbwegs effizient darzustellen.

Wir haben in Dortmund, wie gesagt, danach dreierlei gemacht: zum einen haben wir mit DSW 21 mit negativem Ergebnis gesprochen, dann sind wir in einem zweiten Schritt mit dem Caritas-Verband, mit dem wir bisher in enger Diskussion waren, in

gute Verhandlungen eingetreten, nach dem Motto, wie könnten wir uns das vorstellen, wenn Politik das wirklich wollte, und wir haben verschiedene Fördermethoden durchdacht. Wir kamen dabei zu dem Ergebnis, dass AGH als Instrument eher nicht in Frage kommt.

Ganz zuletzt in den letzten Tagen haben wir dann unsere ExpertInnen beim Jobcenter kontaktiert und gefragt, wie könnt ihr euch das denn vorstellen, so etwas sinnvoll mit arbeitsmarktpolitischen Instrumenten anzuschieben. Und Herr Neukirchen-Füers nickt, wenn ich jetzt sage, übrig blieb nur das Instrument FAV, was ja hier, meine Damen und Herren hinreichend bekannt ist, d.h. wir brauchten auch eine Förderung in der FAV-Logik.

Wenn man sich jetzt die Entscheidungen im Rahmen der kommunalen Arbeitsmarktstrategie anschaut und auch das Budget, das damit verbunden ist - darüber sprachen wir schon anfangs der Tagesordnung - , dann wäre es von der Budgetlage her möglich, zusätzlich FAV-Stellen ins Spiel zu bringen, wenn der Caritas-Verband bereit wäre, diese Menschen einzustellen. Wir hätten eine Refinanzierung, allerdings maximal im Rahmen der vom Rat bewilligten FAV-Budgetlinie für den Arbeitgeberanteil, d.h. rein statistisch 65% des Arbeitsentgeltes. Und das ist jetzt auch Fakt, wenn man dem Ganzen also näher träte, benötigte man noch eine politische Entscheidung über das Budget. Geht man von 10 FAV-Stellen aus, was für Dortmund realistisch wäre, dann wäre das eine niedrige sechsstellige Summe, die on Top politisch beschlossen und bereit gestellt werden müsste, weil wir das Budget definitiv nicht haben, weder nach der Beschlusslage des Rates vom Dezember 2012 zum Paket Arbeitsmarktstrategie noch lässt sich das im Budget des Sozialdezernates selbst erwirtschaften.

Das ist also der Stand der aktuellen Überlegungen, wobei ich an dieser Stelle noch einmal betonen möchte, dass es nach wie vor keine konzeptionelle Klarheit darüber gibt, wer dieses potentielle Serviceangebot nutzen kann, welcher Personenkreis das sein soll. Das läuft in Essen nur deswegen so geräuschlos, weil das in keiner Weise aktiv beworben wird, das ist auch offensichtlich nur einem kleinen Kreis von Eingeweihten bekannt, und es sind immer die gleichen Menschen, die dieses Angebot in Anspruch nehmen.

Ob das auch in Dortmund so wäre, können wir nicht erhellen, also ist allein die Abgrenzung des Personenkreises eine Herausforderung, bei der die Verwaltung auch um politische Impulse bitten würde. Soll das der Personenkreis der Benutzer des Behindertenfahrdienstes sein, soll das auch die allein erziehende Mutter mit zwei Kinderwagen sein, soll das der alleinstehende Mann mit einem Rollator sein, welche Restmobilität sollen die Menschen haben usw., d.h. es stellt sich konzeptionell eine ganze Menge von Fragen, und wir wären dankbar, wenn es jenseits der Entscheidung über den finanziellen Rahmen und auch über die Maßnahmen als solche, die auch noch politisch getroffen werden müssen, für uns Impulse gäbe, damit wir dann, falls gewünscht, die weiteren Gespräche mit dem Caritas-Verband und dem Jobcenter zur Konkretisierung der ganzen Geschichte führen können. Danke.

Herr Taranczewski (Vorsitzender, SPD): Herr Süshardt, mir ist zwischendrin der Gedanke gekommen, ob ich nicht meine Fraktion überzeugen soll, im nächsten Ausschuss einen Antrag zu stellen, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept zu

entwickeln. Denn es geht nur darum, dass die DSW 21 das nicht will. Das ist das Problem, und ich werde diese Frage dann stellen, wenn wir das nächste Kraftwerk kaufen, das ist ja nicht mehr so lange hin, glaube ich. Eine andere Stadttochter, nämlich die DOGEWO, hat sich bewegt, die hat nämlich den Senior, die Seniorin als Kunden erkannt und ist tätig geworden, mit Kooperationspartnern unterschiedlichster Art. Nur unsere DSW bewegt sich nicht, weil sie glaubt, das brauche sie nicht. Von daher sollte man schon einmal darüber nachdenken, ob und wie man diesen Knoten durchschlägt und sagt, bitte Verwaltung guck mal, was geht. Also, wenn es in Essen Lösungen gibt, dann kann man das doch hier auch. Dann kann man auch darüber nachdenken, welcher Personenkreis das sein soll. Nur weil die DSW sagt, wir wollen es nicht, können wir doch nicht gleich die Flinte ins Korn werfen. Unsere Argumentation muss darauf aufgebaut werden, daher bitte ich, das auch ins Protokoll aufzunehmen, weil die Begründung ja immer auf den Wunsch der DSW abstellt, mit diesen Dingen nicht behelligt zu werden. Das muss man dann irgendwie aufbröseln und gucken, ob man das nicht doch anbieten kann. Das ist zwar ein ehrgeiziges Unterfangen, aber wenn wir es dann nicht hinkriegen, haben wir es zumindest versucht.

Herr Beckmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen): Ein bisschen haben Sie mir aus der Seele gesprochen, Herr Vorsitzender. Hier noch einmal mein Dank an die Verwaltung: ich finde es gut, dass sich die Verwaltung ernsthaft Gedanken darüber gemacht und das Thema nachhaltig geprüft hat. Es waren jetzt viele Informationen, die uns Herr Süshardt mit auf den Weg gegeben hat, deswegen kann ich das auch nicht vollends bewerten, auch ich wäre dankbar, wenn das möglichst ausführlich im Protokoll erscheinen würde, damit wir das in den Fraktionen auch ausgiebiger diskutieren können. Aber eine Argumentation habe ich mitgenommen: dass es in den anderen Städten nicht als solitär funktionierender Betrieb neben den Verkehrsbetrieben läuft, sondern dass es einen gewissen Zusammenhang geben muss.

Das ist jetzt ein neues Argument, das klingt für mich nachvollziehbar. Die andere Frage, dass wir als Kommunalpolitiker konzeptionelle Arbeit leisten sollen, kann ich so in letzter Konsequenz auch nicht nachvollziehen. Ich kann mich erinnern, dass wir uns im Behindertenpolitischen Netzwerk bei der Herangehensweise an dieses Thema gar nicht so viele Gedanken gemacht, sondern vielmehr vorgeschlagen haben, wir schaffen das Angebot, und dann gucken wir mal, wer das nutzt. Und dann kann man immer noch entscheiden, ob das die Leute sind, die wir erreichen wollten. Also das könnte man auch ein bisschen lockerer machen. Aber vielleicht ist ja wirklich die DSW der richtige Ansprechpartner, das zunächst als erste Einschätzung von mir. Danke.

Herr Steltzer (Behindertenpolitisches Netzwerk): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, auch ich sage danke an die Verwaltung. Interessant finde ich, was die Fraktionen zu diesem Thema sagen, dass wir Geldsorgen haben, ist klar, die Frage ist ganz einfach, will Dortmund überhaupt einen Begleitservice. Zweitens kann ich nur sagen, es war enttäuschend, dass noch nicht einmal eine negative Beantwortung erfolgte, als der Arbeitskreis „Barrierefreies Dortmund“ schriftliche Anfragen an die Fraktionen gestellt hat. Da frage ich mich eigentlich schon, ob es überhaupt Sinn hat, das anzugehen, im Wissen, dass es sowieso negativ verlaufen wird? Das ist die Kritik des Behindertenpolitischen Netzwerks, das möchte ich eigentlich auch so im Protokoll wiederfinden. Und über allem steht die grundsätzliche

Frage: will Dortmund das, und wenn ja, dann muss man dafür die Bedingungen schaffen. Danke.

Herr Taranczewski (Vorsitzender, SPD): Danke Herr Steltzer, das protokollieren wir natürlich. Also wenn wir es nicht wollten, hätten wir es nicht auf der Tagesordnung. Es gibt nur das Problem, dass wir als Ratsmitglieder da nicht ganz so frei handeln können, weil die DSW eine Aktiengesellschaft ist. Da kann man nicht einfach sagen, macht mal. Und wer den Vorsitzenden der Geschäftsführung kennt, weiß, wie hartnäckig man da sein muss, aber das wird nicht vergessen.

Frau Brand (Vorsitzende des Seniorenbeirats): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, in unserer letzten öffentlichen Sitzung Ende August war Herr Dr. Pohlmann von der DSW 21 da, und wir haben auch dieses Thema angesprochen. Er hat das kategorisch abgelehnt. Wir würden es aber sehr befürworten, wenn das Thema von den Fraktionen noch einmal aufgegriffen würde.

Frau Weyer (SPD): Ich würde in diesem Zusammenhang gern noch einmal an die gestrichenen Arbeitsmarktinstrumente erinnern. Ich kann mich entsinnen, dass wir vor gut 2 Jahren mit der Fraktion oben in Brünninghausen waren, uns die Schulungsmaßnahmen des Begleitservices angesehen haben und eigentlich die Zufriedenheit der DSW 21 mit diesem Angebot mitgenommen haben. Von daher würde ich das unterstützen und jetzt nicht nur Sie, Herr Vorsitzender, in Ihrer Rolle als älterer Mensch betrachten, der demnächst Hilfestellung in den öffentlichen Verkehrsmitteln benötigt. Unter uns sind auch ganz viele junge Leute, die Hilfe benötigen. Ich habe gefühlte 100 Jahre Kinderwagen geschoben und hatte immer Schwierigkeiten, in Bus und Bahn zu kommen. Ganz aktuell: vor ein paar Tagen war im Einkaufszentrum Scharnhorst einmal wieder diese dämliche Rolltreppe kaputt, und ich habe einer jungen Frau geholfen, den Kinderwagen nach oben zu tragen. Das ist mir ziemlich schwer gefallen, weil diese neuen Dinge unhandlich und schwer sind. Also das trifft natürlich auch beeinträchtigte Menschen, aber noch ein Schritt weiter: ich lese fast täglich in der Zeitung von Verunstaltungen, Verunreinigungen oder Vandalismus in den Bahnen. Und wenn jedes Mal so ein Begleiter mitfährt, würde dieser dem ja sicher Einhalt gebieten, und allein schon durch die Präsenz des Begleitservices könnte bei DSW 21 eine Menge gespart werden.

Herr Steltzer (Behindertenpolitisches Netzwerk): Ich will noch etwas deutlicher werden: wir – das Behindertenpolitische Netzwerk – haben die Knackpunkte alle schon benannt und dem Rat und den Fraktionen zukommen lassen. Es ist unstrittig ein Bedarf vorhanden, und ich finde, es sollte Gepflogenheit in der Politik werden, wenn man schon etwas initiiert, dass man dann auch die Personen, die es betrifft, mit ins Boot zieht.

Herr Beckmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen): Noch einmal an die Adresse unserer beratenden Mitglieder aus dem Seniorenbeirat und dem Behindertenpolitischen Netzwerk, es tut mir leid, dass Sie keine konkreten Rückmeldungen aus den Fraktionen bekommen haben. Aber das hätte auch nicht weit führen können, denn man muss auch hier ja immer beide Seiten der Medaille sehen: also was ist der Nutzen daraus, und was kostet es uns, und da haben wir ja erst heute eine halbwegs verlässliche Aussage bekommen. Ein niedriger sechsstelliger Betrag steht ja jetzt im Raum, insofern kann man damit jetzt die Diskussion beginnen, und ob wir das hier behandeln oder in den Aufsichtsrat DSW

tragen, das sei dahingestellt. Das müssen wir erst einmal beraten, aber wir werden da dran bleiben.

Herr Taranczewski (Vorsitzender, SPD): das war ja mein Appell, dass wir als Fraktionen uns darüber Gedanken machen.

Herr Süshardt (stellv. Leiter des Sozialamtes): Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, zwei Zahlen vielleicht noch für den weiteren Weg. Ich will da jetzt keine Lanze für die DSW 21 brechen, aber in den Gesprächen ist natürlich auch erwähnt worden, dass DSW 21 für den Bus- und Bahnbegleitsdienst in den zwei Jahren eine Summe von insgesamt 1,5 Mio. Euro in die aktuellen 40 FAV-Kräfte „investiert“, plus 20 Bürgerarbeiter, die auch noch zur Verfügung stehen, d.h. vor dem Hintergrund dieser „Investition“ hat man gesagt, da wollen wir nicht noch etwas draufsetzen. Und ansonsten Herr Beckmann, falls Sie Beratungsbedarf in Ihrer Fraktion haben, laden Sie mich ein, ich komm dann gerne. Danke.

Herr Neukirchen-Füßers (Jobcenter): Ich würde vielleicht noch einen Vorschlag zur Güte machen wollen: wenn man sich noch nicht so genau sicher ist, wie groß der Bedarf ist, was da auf uns zukommt, und welche Personenkreise davon betroffen sind, kann man ja vielleicht mit der DSW 21 darüber sprechen, das Aufgabengebiet dieser 40 FAV-Kräfte, die sowieso schon in den Bussen und Bahnen sind, diesbezüglich mal modellhaft zu erweitern, und dann nach einem Jahr schaut, wie sieht's denn aus, braucht man zusätzlichen Bedarf. Dann kann man sich dann noch einmal darüber unterhalten, ob man das aufstockt. Meiner Ansicht lässt es sich nämlich wunderbar integrieren in die jetzige Arbeit, weil in den Bussen und Bahnen sind die sowieso schon, die sind auch alle mit Handy ausgerüstet, da könnte man eine Telefon-Hotline einrichten, die man auch von zuhause anrufen kann. Das war ja auch die ursprüngliche Intention dieses jetzigen Begleitsdienstes, dass auch auf dem Weg zu den öffentlichen Verkehrsmitteln und von dort z.B. zum Arzt Unterstützung benötigt wird. Das ist nach meinem Dafürhalten nur eine Erweiterung des bereits bestehenden Begleitservices, darüber könnte man bestimmt mit denen reden.

Herr Süshardt (stellv. Leiter des Sozialamtes): Genau das haben wir bereits besprochen, und DSW 21 hat auch diesem Ansinnen eine Absage erteilt. Das Thema ist also auch durch.

Herr Taranczewski (Vorsitzender, SPD): Wir werden das jetzt fraktionsintern beraten. Nur man muss auch eindeutig klar machen, die DSW ist eine Aktiengesellschaft mit einem Vorstand und einem Aufsichtsrat. Und der kontrolliert die Geschäftspolitik. Und die Einflüsse, die wir als Ausschuss haben, sind im Prinzip nur akklamatorischer Art. Oder man kann unsere eigenen Mitglieder im Aufsichtsrat mobilisieren. Aber gegen den absoluten Widerstand der Geschäftsführung können wir auch nichts machen. Von daher muss man das noch mal in jeder Fraktion vernünftig aufbereiten und dann schauen, wo man es einbringt: hier im Ausschuss, im Rat oder im Aufsichtsrat der DSW 21. Evtl. stellt man dann auch fest, dass das Ganze nicht realisierbar ist. Man wird sehen.

Damit ist der Tagesordnungspunkt so abgehakt. Danke an alle Beteiligten.